



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Griesert,
sehr geehrte Bundes- und Landtagsabgeordnete,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr geehrte Damen und Herren,

zu Beginn des Jahres versammeln wir uns hier im Rathaus zum Handgiftentag, um zu versprechen, uns gemeinsam für das Wohl der Stadt einzusetzen und so zu einem friedlichen Miteinander beizutragen. Der Friedenssaal erinnert dabei nicht nur an den furchtbaren Dreißigjährigen Krieg, sondern mahnt uns zum Einsatz für den Frieden in der heutigen Zeit. Die Ereignisse der letzten Monate haben uns in Deutschland eindringlich gezeigt, dass Freiheit, Frieden und Wohlstand nicht selbstverständlich sind. Die Freiheit wird durch den islamistischen Terror bedroht. Der Krieg in Syrien ist nicht weit weg, sondern durch die Flüchtlinge bei uns spürbar. Auch wegen der Armut verlassen Menschen ihre Dörfer und Städte. Es wird deutlich, jede Generation muss es sich erarbeiten, in Freiheit, Frieden und Wohlstand leben zu können. Dabei kann uns auch nach über 350 Jahren der Westfälische Friedensvertrag Hinweise für ein friedliches Miteinander geben.

Damals wurde der Föderalismus in Deutschland gestärkt. Deshalb haben viele während der Nationalstaatenbildung in Europa diesen Vertrag nicht positiv bewertet. Dabei können föderative Elemente zur Deeskalation beitragen. Wahrscheinlich wäre dies beispielsweise beim Konflikt in der Ukraine möglich gewesen. Ich bin der festen Überzeugung, dass ein föderaler Aufbau einen Beitrag zu einem guten Miteinander leisten kann, weil die untere Ebene näher an den Menschen ist und Eigenarten der Region berücksichtigen kann. Die nächste Ebene sollte erst dann aktiv werden, wenn sonst die Aufgaben nicht bewältigt werden können. In Deutschland beobachte ich aber mit Sorge, dass bei Problemen oft vorschnell auf angebliche Mängel in einer anderen Ebene hingewiesen wird. Die Städte und Gemeinden machen die Länder verantwortlich, die Länder kritisieren den Bund und der wiederum identifiziert Europa als Verursacher von Fehlentscheidungen. Schließlich ist niemand mehr verantwortlich. Parlamente und Regierungen, Räte und Verwaltungen dürfen sich dann nicht wundern, wenn die Politikverdrossenheit steigt. Vielmehr sollten die einzelnen Ebenen ihre Kompetenzen voll ausschöpfen. Natürlich benötigen sie dafür die entsprechenden Mittel. Aber bei einem Haushalt von etwa 550 Millionen Euro kann nicht gesagt werden, dass Rat und Verwaltung nur über einen geringen Handlungsspielraum verfügen.

Nutzen wir also in Osnabrück unsere Gestaltungsmöglichkeiten. Dabei kann ich keine große Kreativität erkennen, wenn zur Haushaltskonsolidierung nur die Erhöhung von Steuern und Beiträgen sowie die Kürzung von Ausgaben vorgeschlagen werden. Zunächst sollen Verwaltungsvorstand und Fachbereichsleiter darauf achten, dass die Aufgaben effizient, also kostengünstig erbracht werden. Dann muss permanent überprüft werden, ob noch die richtigen Schwerpunkte gesetzt werden und vielleicht bestimmte Arbeiten entbehrlich sind. Hinzufügen möchte ich, dass dies natürlich auch für die Vorstände und Geschäftsführer der städtischen Gesellschaften gilt. Allen, die ihre Aufgaben in der Verwaltung und den Gesellschaften motiviert und effizient erledigen, danke ich herzlich.

Es war immer ein Kennzeichen Osnabrücks wohnortnah, ausreichend und qualitativ gute Kindergartenplätze von verschiedenen Trägern zu niedrigen und gleichen Elternbeiträgen anbieten zu können. Deshalb ist der Besuch einer bestimmten Kindertagesstätte nicht vom Geldbeutel abhängig. Eltern mit einem geringen Einkommen müssen zudem keine Beiträge entrichten. Beitragsfreiheit gibt es auch für Geschwister und im letzten Kindergartenjahr. Deshalb wird für etwa die Hälfte der Kinder kein Elternbeitrag bezahlt. Viele Eltern merken erst nach einem Umzug in eine andere Stadt oder Gemeinde, wie günstig die Beiträge in Osnabrück sind. Vielleicht sollten wir mehr auf diesen großen Vorteil für Familien hinweisen. Während früher Stadt, Träger und Eltern jeweils ein Drittel der Kosten trugen, decken inzwischen die Elternbeiträge abhängig vom jeweiligen Angebot nur noch acht bis 18 Prozent der Kosten. Der städtische Zuschuss für die Tagesbetreuung stieg von 24 Millionen Euro im Jahr 2010 auf fast 48 Millionen Euro im letzten Jahr. Diese Entwicklung kann nicht unbegrenzt fortgeführt werden. Aber ich möchte deutlich sagen, die Haushaltskonsolidierung darf nicht einseitig von Familien mit Kindern getragen werden.

Irritiert hat mich die Diskussion um das Theater. Es kann nicht sein, dass sich die Landtagsabgeordneten in Hannover gemeinsam erfolgreich für eine stärkere Förderung kommunaler Theater einsetzen, während gleichzeitig in Osnabrück über die Schließung einer Sparte nachgedacht wird. Bei einer Verwirklichung dieses Vorschlages werden Mittel des Landes für Osnabrück gefährdet. Ich möchte betonen, dass ein vielfältiges kulturelles Angebot einen wichtigen Standortfaktor darstellt.

Bei der erforderlichen Haushaltskonsolidierung werden wir mehr Erfolg haben, wenn wir die strategischen Ziele konsequent umsetzen. Wir können dem Oberbürgermeister dankbar sein, dass er die Erarbeitung verwaltungsintern vorangetrieben und dann nach Diskussionen mit den Vertretern der Ratsfraktionen einen Vorschlag unterbreitet hat. Schließlich hat der Rat nach diesem transparenten Verfahren acht Ziele beschlossen. Nach dem Ziel der sozial- und umweltgerechten Stadtentwicklung sollen 2500 bis 3000 neue Wohneinheiten durch Planungsrecht geschaffen werden.

Neue Wohnbauflächen sollen erschlossen und vermarktet werden. In diesem Zusammenhang sind die Aktivierung von leerstehendem Wohnraum, die Sanierung abgängiger Wohneinheiten und die Nachverdichtung zu fördern. Der Bevölkerungszuwachs führt zu höheren Einnahmen durch die Zuweisungen des Landes und den Anteil an der Einkommensteuer. Zudem verteilen sich die Kosten für die Infrastruktur auf mehrere Personen. Weiterhin müssen zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden. Deshalb muss die Stadt beispielsweise die Entwicklung der beiden Hochschulen und der Gesundheitseinrichtungen unterstützen. Es ist auch erforderlich, bestehende Gewerbegebiete optimal zu nutzen und neue zu entwickeln. Dadurch kann die Gewerbesteuer gesteigert werden. Ich fordere die Verwaltung mit Nachdruck auf, mit voller Kraft für die Verwirklichung dieser Ziele zu arbeiten. Dies dient nicht nur der Haushaltssanierung, sondern auch dem Wohl der Bevölkerung durch Schaffung von Arbeitsplätzen und bezahlbarem Wohnraum.

Ein weiteres Kennzeichen des Westfälischen Friedensschlusses war die Toleranz. Bundespräsident Roman Herzog stellte in seiner Rede anlässlich des Jubiläums im Jahr 1998 fest, nach dreißig Jahren furchtbaren Leidens hatte man die Erkenntnis gewonnen, dass weder der Frieden noch die religiöse Wahrheit im Kriege gefunden werden kann. Deshalb wurden nun Katholiken, Protestanten und Reformierte im Reich akzeptiert. Damit hatten die Gesandten es aufgegeben, durch den Staat eine homogene Gesellschaft zu schaffen. Die Menschen sind eben unterschiedlich, nicht nur im Aussehen, im Charakter und in den Fähigkeiten, sondern auch in ihren Ansichten und Überzeugungen. Davon müssen wir auch heutzutage ausgehen. Deshalb benötigen wir unterschiedliche Angebote. Das beginnt bei den Kindertagesstätten und Schulen. Das Wohl der Kinder muss dabei im Vordergrund stehen. Dies bedeutet, dass die Stadt die erforderlichen Unterhaltungsmaßnahmen bei den unterschiedlichen Schulformen durchführen muss. Gymnasien dürfen gegenüber den Gesamtschulen nicht benachteiligt werden und bei der Inklusion sollte es Wahlfreiheit zwischen dem Besuch einer Regel- und einer Förderschule geben. Entsprechend den unterschiedlichen Fähigkeiten der Menschen benötigen wir vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten. Ferner gibt es verschiedene Vorstellungen über die Freizeitgestaltung. Die Menschen wollen Theateraufführungen erleben, andere kulturelle Einrichtungen nutzen, Sport treiben, VfL-Spiele sehen, sich in Vereinen und Initiativen engagieren und den Zoo besuchen. Die Stadt hat die Aufgabe, dies zu ermöglichen. Aber sie kann das nicht allein. Sie ist auf die Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Ich bedanke mich deshalb herzlich bei den Ehrenamtlichen, Sponsoren und Stiftern. Dies macht unsere Stadt lebenswerter. Schließlich benötigen wir unterschiedliche ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen. Auch hier sind die persönlichen Situationen sehr unterschiedlich.

Toleranz sollte es auch in der Verkehrspolitik geben. Es ist manchmal kaum vorstellbar, mit welcher Intensität die Menschen abhängig davon, wie sie gerade unterwegs sind, ihre Rechte in Anspruch nehmen wollen. Rücksichtnahme scheint dann ein Fremdwort zu sein.

Unsere Aufgabe wird es sein, durch entsprechende Maßnahmen die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Durch Anreize und Leistungsverbesserungen sollte dazu ermuntert werden, zu Fuß zu gehen, mit dem Rad zu fahren, den Bus oder Zug zu nutzen. Aber eine Umerziehung durch die Produktion von Staus ist sicherlich nicht der richtige Weg. Dies schadet zudem durch eine erhöhte Luftverschmutzung der Umwelt. Es sollte immer daran gedacht werden, dass ein funktionierender Autoverkehr für die Wirtschaft und damit für die Arbeitsplätze, aber auch gerade für behinderte und ältere Menschen von großer Wichtigkeit ist. Güter sollten verstärkt mit dem Zug und über die Wasserstraßen transportiert werden. Ein positives Beispiel ist die Georgsmarienhütte. Über den Stadthafen, dessen hundertjähriges Jubiläum wir 2016 feiern konnten, werden die Rohstoffe angeliefert und dann mit dem Zug in das Stahlwerk transportiert, so dass die Straßen in der Stadt und im Landkreis nicht belastet werden. Die Stadtwerke sollten verstärkt auf die Nutzung des Stadthafens und der Bahn hinwirken.

Schließlich legte der Westfälische Friede fest, dass ein Staat für die Sicherheit und den Wohlstand seiner Bevölkerung verantwortlich ist. Dies gilt auch heute. Deutschland sichert seine Bevölkerung durch die Bundeswehr nach außen und durch die Polizei der Länder und des Bundes nach innen. Ich danke den Soldatinnen und Soldaten, Polizistinnen und Polizisten herzlich für ihren nicht ungefährlichen Einsatz. Sie haben für diesen Dienst Anerkennung und nicht Misstrauen verdient. In der heutigen Zeit der Globalisierung kann sich jedoch kein Staat selbst schützen und alle im eigenen Gebiet bestehenden Probleme allein lösen. Das westfälische Friedensinstrument mit dem Territorial- und Souveränitätsprinzip muss deshalb durch eine verstärkte internationale Zusammenarbeit ergänzt werden. Dazu gibt es keine Alternative. Zur Völkerverständigung können auch die Städte und Gemeinden einen wichtigen Beitrag leisten. Osnabrück macht dies seit Jahrzehnten intensiv durch die Städtepartnerschaften. Die verschiedenen Aktivitäten als Friedensstadt führen dazu, dass das Verhalten der Menschen im Ausland und im Inland besser nachvollzogen werden kann. Ich nenne die Friedensgespräche oder den Arbeitskreis der Religionen, die vielfältigen Angebote der Vereine und Verbände sowie der Kirchen, die im Jubiläumsjahr der Reformation sicherlich weitere Impulse in unsere Gesellschaft hinein geben werden. Solche Veranstaltungen tragen auch zur Information und damit zur Bildung bei. Aus meiner Sicht sind jedoch bei all den aufgeführten Aktionen die Begegnungen der Menschen viel wichtiger. Dadurch entsteht nicht nur Wissen über andere, sondern eine Beziehung zu anderen. Kommunikation zwischen Personen ist durch nichts zu ersetzen. Dadurch werden Vorurteile vermieden oder abgebaut, das Verständnis füreinander verbessert, die Hilfsbereitschaft gefördert und die Integration erleichtert. In solch einer Atmosphäre haben Extremisten kaum eine Chance, ihren Hass auszuleben.

Unseren Gestaltungsspielraum zum Wohl der Stadt entschlossen nutzen,
Toleranz in Osnabrück weiter leben,
zur Völkerverständigung auch in Zukunft einen Beitrag leisten,
dies sind Forderungen, die aus dem Westfälischen Friedensvertrag abgeleitet
werden können. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir zuversichtlich auf
das neue Jahr blicken können, wenn wir alle mitwirken, entsprechend zu han-
deln. Ich wünsche namens der CDU-Ratsfraktion alles Gute für 2017 und be-
sonders Gottes Segen!